

# Studierende und Beschäftigte einbeziehen

Mit einem „Investitionsprogramm Lehre“ für bessere Studienbedingungen in Thüringen

**Mit der am 6. Januar auf den Weg gebrachten Verwaltungsvereinbarung zur dritten Programmphase des Hochschulpaktes 2020 wurde ein erster Grundstein zur weiteren Finanzierung der Hochschulen gelegt.**

„Die von Minister Tiefensee geplante Rückstellung von 20 Millionen Euro als Risikoreserve für mögliche Rückzahlungen an den Bund darf allerdings nicht zu Lasten der Hochschulen gehen“, gab Christian Schaft, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, zu bedenken.

Zu begrüßen ist, dass mit den 36 Millionen Euro für das „Investitionsprogramm Lehre“ und die pauschal fließenden 25 Millionen Euro für die Hochschulen erste Möglichkeiten geschaffen werden, um die Studienbedingungen konkret zu verbessern. „Dazu ist es allerdings notwendig, dass die Studierenden und Beschäftigten mit in die Diskussion um die Mittelverwendung eingebunden werden, da sie am besten wissen, wo der Schuh drückt“.

So hatte die Konferenz Thüringer Studierendenschaften (KTS) Ende Dezember darauf hingewiesen, dass es aufgrund vakanter Stellen, einer Überbelastung der Lehrenden und formalrechtlicher Hindernisse Studierenden oft nicht möglich ist, ihr Studium in Regelstudienzeit abzuschließen. Teilweise können Prüfungsleistungen nicht

wie vorgesehen abgelegt oder Lehrveranstaltungen nicht besucht werden. So gebe es erhebliche Probleme an der TU Ilmenau, wo bspw. nur 5,8 Prozent der BA-Studierenden im Sommer 2013 ihr Studium in Regelstudienzeit beenden konnten. An anderen Hochschulen zeichnet sich ein ebenso bedenkliches Bild ab, wenn dort nur zwischen 30 und 70 Prozent der Studierenden in Regelstudienzeit fertig werden. „Hier muss mit den nun bereitgestellten Mitteln eine Verbesserung der Situation erzielt werden“, unterstrich der LINKE-Abgeordnete.

## Anstrengungen notwendig, um Profilbildung zu erhöhen

Zudem müsse ernsthaft über das Konzept der Regelstudienzeit diskutiert werden. „Diese sollte – wie ursprünglich gedacht – wieder eine Garantie für die Studierenden sein, ein Studium in einer gewissen Zeit abschließen zu können. Stattdessen wurde sie in den vergangenen Jahren immer mehr zu einem repressiven Instrument, das die Studierenden zunehmend unter Druck setzte und zudem den individuellen Lerntypen und den Lebensumständen nicht gerecht wurde“, konstatierte Christian Schaft.

Auf einer Regierungsmedienkonferenz am 6. Januar hatte Thüringens Wissenschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) angekündigt, mit einem

eigenen „Investitionsprogramm Lehre“ die Rahmenbedingungen für die akademische Ausbildung in Thüringen verbessern zu wollen. Die 36 Millionen Euro sollen vor allem zur Sanierung von Lehrgebäuden oder für die Anschaffung von Geräten und Lehrmitteln verwandt werden. Das Programm soll finanziert werden aus Mitteln des „Hochschulpaktes 2020“, aus dem Thüringen in den Jahren 2016 bis 2020 zusätzlich rund 210 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Es gehe darum, die vorhandenen Studienplätze zu sichern und die Qualität von Forschung und Lehre weiter zu verbessern, sagte der Minister. Insbesondere müssten die Studienanfängerzahlen in den kommenden Jahren zumindest konstant gehalten werden. Was den Einsatz der Gelder aus dem Hochschulpakt 2020 betrifft, will sich Tiefensee „selbstverständlich eng mit den Hochschulen abstimmen“, er stehe zu den Finanzierungszusagen im Rahmen der Hochschulstrategie 2020 des Landes. Es seien zudem Anstrengungen notwendig, um die Profilbildung der einzelnen Standorte zu erhöhen mit einer klaren Schwerpunktsetzung bei Forschung und Lehre. Ebenfalls auf der Tagesordnung stehe eine stärkere Kooperation bei Bibliotheken, Rechenzentren oder Verwaltung. Ziel des Ministers ist es, dass bis Mitte des Jahres die Eckpunkte der neuen Rahmenvereinbarung stehen. ■

## Anklageerhebung gegen Ballstädt-Schläger notwendig

**Am 8. Februar dieses Jahres überfielen 15 bis 20 Neonazis brutal eine Kirmesgesellschaft in Ballstädt. Dank der intensiven Arbeit der Polizei konnten die meisten Täter ermittelt werden, doch die Anklage lässt weiter auf sich warten.**

„Währenddessen gewinnen die damaligen Angreifer weiter an Selbstbewusstsein und organisieren zunehmend Neonazi-Konzerte, auch direkt von ihrem Rückzugsort aus, dem 'Gelben Haus' in Ballstädt“, so Katharina König, Abgeordnete der Linksfraktion.

Es ist nur wenige Wochen her, dass einer der Haupttäter des Übergriffs ein Szene-Konzert in der alten Bäckerei („Gelbes Haus“), Hauptstraße 29, in Ballstädt organisierte. Bei der Auflösung der als „private Weihnachtsfeier“ getarnten Veranstaltung zählte die Polizei 92 Neonazis, diverse Anzeigen wurden erstattet. Der Repression zum Trotz organisierten die Bewohner inzwischen ein erneutes Konzert, das jetzt in Kirchheim stattfand. Auftreten sollten fünf Neonazi-Bands aus mehreren Bundesländern – „Heiliges Reich“, „Frontfeuer“, „Tätervolk“, „Exzess“ und „Treueorden“. Thomas Wagner, Kopf der Neonazi-Band SKD, Eigentümer der Immobilie und seit den 90er Jahren

als extrem rechter Intensivstraftäter bekannt, organisierte für die Veranstaltung einen Kartenvorverkauf über eine Vertriebsseite, die ihn als Geschäftsführer auswies, und verwendete das 'Gelbe Haus' in Ballstädt als Adresse des Labels.

## Den Neonazis ihren Rückzugsort nehmen

In der Vergangenheit wurden über die Seite Rechtsrock-CDs angeboten, zukünftig sollen auch Textilien verkauft werden. Nach Polizeiangaben war Wagner bereits für das Konzert am 6. Dezember verantwortlich. Nach dem Überfall im Februar auf die Kirmesgesellschaft saß er mehrere Wochen in Untersuchungshaft.

Seit der Attacke kommt es in Neonazi-Kreisen zu Solidaritätsaktionen für die Tatverdächtigen aus Ballstädt. So wurden T-Shirts produziert, Spenden gesammelt, ein Konto bei der Sparkasse Arnstadt-Ilmenau eingerichtet und so genannte Solidaritätskonzerte veranstaltet, um Gelder zu sammeln. „Es wird Zeit, dass das Verfahren endlich zur Anklage gebracht wird, um den braunen Schlägern den Prozess zu machen. Je länger man wartet, umso

mehr werden die Nazis die Chance nutzen, mit ihren bestehenden Strukturen weiter Kapital zu schöpfen und damit ihre kriminellen, gewalttätigen und neonazistischen Handlungen stützen“, warnte Katharina König und verwies darauf, dass ein erfolgreicher Prozess auch die Möglichkeit eröffnen würde, den Akteuren ihren Rückzugsort, die Szene-Immobilie, wieder wegzunehmen. ■

## Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

### Schweigen ist Gold?

Die Landtagsfraktion der CDU schwieg zunächst. Die Generalstaatsanwaltschaft Thüringen ermittelt wegen Bestechungsvorfällen rund um die Wahl von Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten. Inzwischen haben zwei SPD-Abgeordnete geäußert, ihnen seien aus der CDU Angebote gemacht worden. Die CDU-Fraktion meint, dass sei „unterhalb der Schwelle des Kommentierbaren“. Vielleicht hat jemand zu viele amerikanische Krimis gesehen? Dort sagt der Polizist ja immer, der Verdächtige habe das Recht zu schweigen... Inzwischen hat man Strafanzeige gegen SPD-Politiker gestellt. Geschwiegen hat auch ein Mitglied der CDU-Fraktion in eigener Sache. Gegen Andreas Bühl sind Wahlanfechtung und Anzeige anhängig, weil er im Wahlkampf seine frühere Tätigkeit beim Landesamt für Verfassungsschutz verschwiegen habe. Ob aus Scham – Stichworte NSU, Trinkaus – ist unbekannt.

Als „unbegründet“ tut die ARD Kritik an ihrer Moderatorin Pinar Atalay ab. Die hatte beim Tagesthemen-Interview mit dem Ukraine-Ministerpräsidenten Jazenjuk nach einer schier unglaublichen Entgleisung geschwiegen. Jazenjuk sagte: „Wir können uns alle sehr gut an den sowjetischen Anmarsch in die Ukraine und nach Deutschland erinnern. Das muss man vermeiden.“

Im 70. Jahr der Befreiung von der Hitler-Barbarei geht das in der ARD ohne Widerspruch! Der Sender versucht sich jetzt damit herauszureden, Jazenjuk habe „mitten im Satz von ukrainischer Sprache ins Englische“ gewechselt und den Begriff „Invasion“ benutzt. Diesen Begriff soll Frau Atalay nicht verstanden haben... Eine solche „Erklärung“ der ARD macht die ohnehin schmutzige Angelegenheit nur noch schlimmer. Hier wäre eine klare Entschuldigung angebracht. Wenn die ARD das aus Korpsgeist verweigert, hätte sie besser ganz geschwiegen! ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.